



15. März 2019

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Diese Woche im Deutschen Bundestag**
- **Schneller zum Arzt - mehr Sprechstunden und weniger Wartezeiten für Kassenpatientinnen und -patienten**
- **Klausurtagung der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz**
- **Jahrestagung der Deutschsprachigen Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT)**
- **Invictus Games 2022 nach Deutschland holen**

Diese Woche im Deutschen Bundestag

In dieser Woche haben wir mit dem **Terminservice- und Versorgungsgesetz** die wichtigste GKV-Reform dieser Legislaturperiode beschlossen und wichtige Verbesserungen für die große Mehrheit der Versicherten in Deutschland, die gesetzlich kranken-versichert sind, erzielt (Bericht auf der Folgeseite).



Die beschlossene **Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes** (BImSchG) soll dazu beitragen, die Luft in den Städten zu verbessern. Sie ergänzen damit die im Oktober 2018 beschlossenen Maßnahmen des Sofort-Programms „Saubere Luft“. Hierbei wurden Luftverbesserungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Elektrifizierung des öffentlichen Nahverkehrs und die Nachrüstung von Dieselmotoren, mit einer Milliarde Euro gefördert.



Die Änderung des BImSchG schafft die Voraussetzung, dass nachgerüstete und somit saubere Fahrzeuge von möglichen Fahrverboten ausgenommen werden. Wenn diese Fahrzeuge nach der Nachrüstung nur noch 270 Mikrogramm NO₂/m³ ausstoßen, können diese auch bei möglichen Fahrverboten weiterhin gefahren werden. Daneben können die

zuständigen Behörden vor Ort weitere Ausnahmen von Fahrverboten zulassen.

Durch die **Änderung des Straßenverkehrsgesetzes** sollen Kommunen zukünftig besser in der Lage sein, die Einhaltung von Verkehrsbeschränkungen aufgrund zu hoher Stickoxidwerte zu überprüfen. Die zuständigen Behörden können zukünftig technische

Fahrzeugdaten einzelner Fahrzeuge im Zentralen Fahrzeugregister anhand des Kennzeichens abrufen. Mittels mobiler Kennzeichenerfassungsgeräte stehen die Daten direkt vor Ort und ohne Eingriff in den fließenden Verkehr zur Verfügung. Das erleichtert die Kontrolle der immissionsbedingten Verkehrsbeschränkungen zum Schutze der Gesundheit. Im parlamentarischen Beratungsverfahren konnten wir durchsetzen, dass die Speicherfrist der Daten auf 2 Wochen deutlich verkürzt wurde. Des Weiteren haben wir klargestellt, dass die Daten nicht anlasslos gespeichert werden dürfen.

In erster Lesung wurde die **EU-Prospektverordnung** im Bundestag erörtert. Die EU-Prospektverordnung regelt die Offenlegung von Informationen über Wertpapiere, wenn diese öffentlich angeboten und für den Wertpapierhandel zugelassen werden. Sie erhalten zukünftig mehr Informationen über die Wertpapiere und haben gegenüber den Anbietern einen besseren Informationsstand über die Anlage. Durch diese Informationen werden Anlegerinnen und Anleger geschützt.

Diese Woche haben wir in erster Lesung auch ein **Gesetz zur Neuregelung von Stromsteuerbefreiungen** sowie zur Änderung energiesteuerrechtlicher Vorschriften beraten, um Strom, der aus Erneuerbaren Energien (EE) erzeugt wird, im Sinne der Energiewende weiterhin steuerlich fördern zu können.

Anlass der Gesetzesänderungen ist es, die Stromsteuerbefreiung von Ökostrom mit dem EU-Beihilferecht in Einklang zu bringen. Andernfalls könnten die Befreiungen von der



Stromsteuer für EE-Strom nicht mehr gewährt werden. Im privaten Bereich wird der zur Eigennutzung erzeugte Strom aus Erneuerbaren Energien (beispielsweise erzeugt durch eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach) damit weiterhin von der Stromsteuer befreit bleiben.

Beraten wurde auch der Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen für alle. Nach dem Gesetzentwurf soll die Online-Ausweisfunktion des deutschen Personalausweises auch anderen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union durch die Ausstellung einer so genannten eID-Karte zugänglich gemacht werden. Auf dieser Chipkarte werden Basisdaten wie Name und Adresse gespeichert. Die Online-Ausweisfunktion soll eine einfache und sichere Identifizierung im Internet ermöglichen.

Schneller zum Arzt - mehr Sprechstunden und weniger Wartezeiten für Kassenpatienten



Patientinnen und Patienten sollen schneller Arzt-Termine bekommen. Das ist Ziel des „Gesetzes für schnellere Termine und bessere Versorgung“ (Terminservice- und Versorgungsgesetz, TSVG), das diese Woche vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Das Gesetz soll im Mai 2019 in Kraft.

Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz, sollen gesetzlich Versicherte zukünftig schneller Arzttermine bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden unter anderem die seit 2016 existierenden Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen ausgebaut. Bislang vergeben diese Stellen Termine nur für Fachärzte und Psychotherapeuten.

Zukünftig sollen sie rund um die Uhr für die ambulante Versorgung und für Notfälle ansprechbar sein. Auch bei der Suche nach einem dauerhaft versorgenden Haus- oder Kinderarzt können Patientinnen und Patienten zukünftig die Vermittlung der Terminservicestellen in Anspruch nehmen. Ebenso werden die Servicestellen online erreichbar sein, so dass die Terminvereinbarung auch per App stattfinden kann.

Darüber hinaus wird das Mindestsprechstundenangebot für gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten erhöht. Laut Gesetz müssen Vertragsärzte zukünftig wöchentlich mindestens 25 Sprechstunden für Kassenpatienten anbieten. Derzeit sind es nur 20 Stunden. Zudem müssen Fachärzte der Grundversorgung (HNO, Frauenheilkunde, Augenheilkunde) wöchentlich fünf offene Sprechstunden anbieten. Dieses erweiterte Sprechstundenangebot wird mit zusätzlichem Honorar gefördert.

Ärzte erhalten außerdem eine angemessene Bezahlung, wenn sie „neuen“ Patienten Termine geben, die länger als zwei Jahr nicht beim Arzt waren.

Diese hatten es bisher besonders schwer, Termine zu bekommen, da die Anzahl der Patienten, für die die Ärzte das volle Honorar bekommen, gedeckelt ist.

Auch die medizinische Versorgung in ländlichen und strukturschwachen Regionen wird mit dem Gesetz verbessert. Dafür erhalten Ärzte in unterversorgten Regionen zukünftig Zuschüsse, und die Kassenärztlichen Vereinigungen werden verpflichtet, in unterversorgten Gebieten eigene Praxen oder Alternativen anzubieten.

Wir machen Versorgung digitaler

- > elektronische Patientenakte: Ab 2021 werden Behandlungsdaten digital gespeichert
– mit einfachen, sicheren und schnellen Zugriffsmöglichkeiten
- > Arbeitsunfähigkeits-Bescheinigung („Gelber Schein“) wird ab 2021 digital zwischen Arzt und Kasse ausgetauscht



Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Gesetzes ist die Erweiterung des GKV-Leistungskatalogs. Entscheidende Verbesserungen haben wir bei der Heilmittelversorgung erreicht. Als Heilmittel gelten z. B. Logopädie, Physiotherapie, Ergotherapie oder Krankengymnastik. Die Heilmittelleistung wird wie bisher vom Arzt verordnet, über die konkrete Anwendung und Dauer

entscheidet jedoch künftig der Physiotherapeut und kann so gezielter behandeln.

Damit sich Patienten darauf verlassen können, dass Hilfsmittel wie Windeln oder Gehhilfen von guter Qualität sind, beenden wir die Hilfsmittel-Ausschreibungen durch die Krankenkassen. Zukünftig werden Verträge zwischen Krankenkassen und Hilfsmittelerbringern wieder auf Grundlage von Verhandlungen geschlossen.

Die SPD hat durchgesetzt, dass alle Krankenkassen einen Bonus an diejenigen Versicherten ausschütten müssen, die sich verpflichten, vor dem Besuch eines Facharztes erst zum Hausarzt zu gehen. Das macht es den Hausärzten leichter, feste Ansprechpartner zu sein und belohnt die Versicherten.

Ebenso haben wir erreicht, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten höheren Zuschüsse für Zahnersatz bereits drei Monate früher als im Gesetzentwurf geplant, nämlich zum 1. Oktober 2020 in Kraft treten.

Auch sollen die Krankenhäuser Versicherte zukünftig bei der Beantragung von Kurzzeitpflege, ambulanter Palliativversorgung und Haushaltshilfe unterstützen, wenn diese aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Klausurtagung der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz

Die Sitzungswoche begann für Esther Dilcher mit der Klausurtagung der Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz, an der auch die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherfragen, Katarina Barley, teilnahm.



Dilcher berichtet, dass die Arbeitsgruppe zuerst die Themen- und Gästewünsche für die AG-Sitzungen des kommenden Halbjahres sowie mögliche fraktionsübergreifende Veranstaltungen der AG erörtert habe. Danach ging es um Verbraucherthemen, wie zum Beispiel den besseren Schutz von Fluggästen bei einer Airline-Insolvenz.

Auch Fragen rund um Miete und Eigentum, wie beispielsweise die Umlage der Grundsteuer und die Frage, wer künftig die Maklerkosten trägt, wurden diskutiert. Des Weiteren ging es um die Erhöhung der Anwaltsgebühren und die Fortbildung von Richterinnen und Richtern.

Jahrestagung der Deutschsprachigen Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT)

In dieser Woche hat Edgar Franke den Eröffnungsvortrag auf der Jahrestagung der Deutschsprachigen Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT) gehalten.

Im Casino in der Goethe-Universität in Frankfurt/Main waren nicht nur die Mitglieder der wissenschaftlichen Fachgesellschaft, sondern auch viele interessierte Psychiater und Psychologen gekommen, um sich inhaltlich über die neuesten wissenschaftlichen Entwicklungen auszutauschen.



Bild oben: Volles Haus in der Goethe-Universität, Frankfurt/Main



„Die Versorgung traumatisierter Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Menschen haben unsere Solidarität verdient und wir als SPD werden uns dafür einsetzen, diese zu verbessern“, so Franke in seinem Eröffnungsvortrag.

Bild links: Edgar Franke bei seinem einstündigen Eröffnungsvortrag der Tagung.

Invictus Games 2022 nach Deutschland holen

Die Invictus Games – die Spiele der „Unbesiegbaren“ – sind eine Sportveranstaltung für kriegsversehrte Soldatinnen und Soldaten. Sie wurden erstmals im Jahr 2014 auf Initiative von Prinz Harry in London ausgetragen.

Durch die Invictus Games wurde erstmalig eine breite Öffentlichkeit auf das Schicksal von versehrten Soldatinnen und Soldaten aufmerksam gemacht. Bereits 2018 nahmen an den Invictus Games in Sydney über 500 Teilnehmer aus 18 Nationen teil.



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-75113

esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27

34497 Korbach

Tel.: 05631-974712

www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451 717950

www.edgarfranke.de

Die SPD hat sich diese Woche in einem Antrag

gemeinsam mit der CDU dafür eingesetzt, die Invictus Games nun auch nach Deutschland zu holen.

„Wir begrüßen es außerordentlich, dass die Bundesregierung beschlossen hat, sich um die Austragung der Invictus Games 2022 zu bemühen“, so Esther Dilcher und Edgar Franke.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke.

Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben.

Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Kacheln auf den Seiten 2 und 4 von der SPD-Bundestagsfraktion zur Verfügung gestellt. Bilder auf den Seiten 2 und 3 von pixabay.com. Grafik Seite 5 von

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/terminservice-und-versorgungsgesetz.html?fbclid=IwAR2r3GeKt-STk9LxYHDaIF-PCrj5qN3MWtkbF-v3GmFudybjLWX5jMfjuDM>. Bilder Seite 7 Dr. Edgar Franke, MdB Bild Seite 6 von Esther Dilcher, MdB. Bild Seite 8 von

<https://www.houseofwellness.com.au/lifestyle/charities/invictus-games-sydney-2018>.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.